



## Webfreiheit

### *Techzensur, Iranpakt und Majoritäten*

#### **Redefreiheit**

Webautoren und Beeinflusser trafen sich im Weißen Haus, um Sozialmedien, Altmedien und ihrer Türhüter zu erörtern. Am 12. Juli ging es um Digitalstrategien. Dazu meinte Joshua D. Hawley, Giganten der Sozialmedien wie Google und Facebook erhielten von der Regierung einen Gunstvertrag. Wollten sie ihn behalten, sollte es den Pakt geben: sie hören auf, besonders gegen Konservative zu diskriminieren und befolgen für alle gleiche Prinzipien der Freien Rede aus dem [Ersten](#) Grundgesetz-zusatz, und dürfen weiter von unseren Daten profitieren. Sie sollten aber keine Zensur ausüben. Danach, so der konservative Senator, sollten sie sich richten. Präsident Trump fügte über die [Techzensur](#) hinzu, Transparenz, mehr Verlässlichkeit und Freiheit auf allen Seiten.



[Wiki](#)

Internetnutzer sehen, wie sich Webpraktiken ändern. Sogar Lexika und Bibliothekskataloge online werden willkürlich manipuliert. Suchmaschinen prägen weite Themenfelder. Die Ausrede, es sei der Algorithmus, zieht wenig. Dahinter sagen Personen „was sein darf und was nicht“. Aber wegen der US-Geschichte, Monopole aufzulösen, kann ein Wandel folgen, doch nicht, die freie Rede mehr zu unterdrücken oder fragliche Regimes zu stützen.

#### **Zwist US-E3**

Franzosen, Deutsche und Briten, [E3](#)-Europäer, meinten am 14. Juli, weiter ihren Kurs zu verfolgen, dass Iran keine Nukes erhält. Zugleich kritisierten sie, dass es über erlaubte Werte Uran anreichere und lagere, den Persischen Golf und die Region durch Angriffe bedrohe. Der Pakt hänge davon ab, dass Iran ihn wahre. Es sollte seine Schritte des Abweichens rückgängig machen.

Wie früher, erwähnten diese E3 nicht Irans Drohung, Israel zu vernichten, und neue Fakten, nachdem Irans Nukleararchiv enthüllt wurde. Am 15. Juli sahen die E3 in Irans Paktabbau „keinen signifikanten Verstoß“. Das bewahrte sie, die Regel für Streitfälle und Rückkehr zu Sanktionen auszulösen. Teheran kehre zum Pakt zurück. Ihre Instex-Firma wirke nun für „legitimen Handel“: zehn Staaten, sie sei für Außer-EU-Seiten offen. Ob Iran der Ölhandel erlaubt werde? Laut Außenchefin Mogherini wird dies erörtert. Instex soll Folgen der US-Sanktionen mindern, ein Zwist mit dem Alliierten?

[Mogherini Twitter](#)



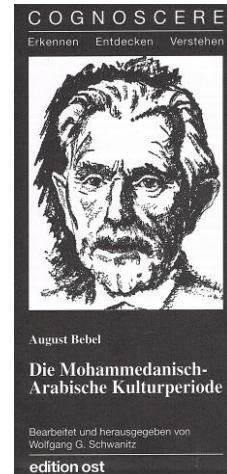
Israels Premier Netanjahu fühlte sich an [Appeasement](#) erinnert wie in den 1930ern: einige Europäer wachen erst auf, wenn bei ihnen Irans Atomraketen eintreffen, mithin zu spät. Ja, E3 offenbaren ihren Hang, mehr mit Mullahs als Amerika zu gehen. Sie spielen auf Zeit, Iran brauche doch ein Jahr, um Nukes zu erlangen. Obwohl Teheran London androhte, sich für „Piraterie“ zu rächen, war es am 16. Juli bereit, über ballistische Raketen zu reden. Bedingung: erst Stopp der US-Waffenverkäufe an die Saudis und Emiratis, dann Gespräche. Ein Ansatz? Das Weiße Haus würde Waffen nicht stoppen, jedoch einen [Weg](#) finden, doch zu reden, zumal es bejahte, dass Irans Außenminister Visa erhält. Aber die Zeit läuft, wobei Europa sich auch infolge der [Migration](#) dramatisch diversifiziert. Politiker wollen nun ihre neuen Zirkel sensibel behandeln. Der Außenkurs wird immer innenpolitischer, aber wieso?

## Ohne Aufklärung

Der langjährige Sozialdemokrat Thilo Sarrazin kann aus der SPD ausgeschlossen werden, urteilte eine Kommission am 11. Juli. Der Autor habe gegen Partei-Grundsätze verstoßen, rassistische Gedanken hätten in der SPD keinen Platz. Dies ist seit 2010 (sein [Bestseller](#) „Deutschland schafft sich ab“) der dritte Versuch; wogegen Sarrazin [Einspruch](#) erhob, notfalls durch die Instanzen bis zum Bundesgerichtshof. Er ist seit 46 Jahren in der Partei, 30-40% darin teilen seine Texte. Parteiobere bewirkten den Wählerabsturz von 30% auf 10%.

Damals machte Sarrazin zu Einwanderern aus Mittelost Schlagzeilen. Nun erleben nicht wenige, was da in Punkten zutrifft: geringe Integration auf dem Arbeitsmarkt, viel Sozialtransfer, kaum Bildungsneigung, hohe Geburtenrate sowie Segregation in Parallelgesellschaften. Zwar schlug Sarrazin biologistische Töne an, die allein abzuweisen sind, doch sah er viel Neues. Die Rufe nach Islampolitik für „einen deutschen Islam laut [Grundgesetz](#)“ ertönen inzwischen gar offiziell. Laut [Verfassungsschutz 2019](#) gibt es nun den einheimischen Islamismus. Infolge der drei Bestseller Sarrazins erkannten manche rasch die relativ neue Lage seit [2015](#).

Mitte [2018](#) legte Sarrazin sein Buch „Feindliche Übernahme“ vor. Wieder klangen unbequeme Neuheiten an, so dass die Frage erwächst, ob seine Linkspartei die freie Meinung unter ihrem Scheinwurf eines Rassismus unterdrückt. So könnte sie ihre Ahnen wie Karl [Marx](#) oder August Bebel abtun: Religionskritik galt ihnen als Grundsatz aller rationalen Dispute. Der Urahne Bebel, der [1884](#) in seiner „Muhammedanisch-Arabischen Kulturperiode“ ein Vorbild gab wie Politiker zum Islam Fachtexte studieren, meinte, jeder möge Landesgesetze achten, dürfe nicht „rechtlos wie ein türkischer Pascha regieren“. Redefreiheit ist Lebenskraft einer Partei. Ein Text [2019](#) erhellte, dass  $\frac{1}{3}$  deutscher Muslime die SPD favorisieren.



## Keine Sorge

Zwar findet diese Studie, Befragte sähen Islam „tendenziell als demokratiefeindliche und extremistische Ideologie“ an, was Schuld der Medienberichte sei. Doch umgehen Autoren [Kernbegriffe](#). Sie fragen, ob politische Stimmen, die mit Pauschalurteilen zu muslimischen Zuwanderern hantieren noch auf dem Boden des Grundgesetzes stünden. Dabei übersehen sie [Texte](#) des [Verfassungsschutzes](#), wonach Konzepte des „einheimischen Islamismus wie Jihad und Scharia inkompatibel mit der Demokratie“ wären. Nach der Autorenlogik sei das zu pauschal. Steht also dieser Verfassungsschutz nicht auf dem Boden des Grundgesetzes?

Die Studie meinte, Anfang 2019 sehe die Hälfte der deutschen Bevölkerung (52%) den Islam als bedrohlich (Ostdeutschland 57%). Nur 29% der Ostdeutschen (38% Westdeutsche) erlebten ihn zurzeit als Bereicherung. Die Bertelsmann-Studie fragte, ob Muslimen die Zuwanderung untersagt werden solle. Dies bejahten jetzt 13% der Westdeutschen (Ostdeutsche 20%), was aus „selteneren Kontakten“ zu Muslimen folge. Also würde mehr Immigration dies beheben? Das Fazit der Studie: religiöse Vielfalt allein ist nichts, was eine stabile Demokratie gefährden könnte (eine verwaschene Aussage). Eher gefährden religiöser Dogmatismus, geschlossene Weltbilder und exklusivistische Überzeugung das Wechselspiel von Religion, Pluralismus und Demokratie – „kein übergroßer Anlass zur Sorge“.

Ein [Text](#) betonte, in deutschen Städten laufen „Urmehrheiten“ ihrem Ende zu. Deutsche ohne Migrationshistorie sind in Frankfurt am Main, Offenbach oder Heilbronn noch größte Gruppe, jedoch keine absolute Mehrheit mehr. Diversität wie in Amsterdam, Brüssel oder London; ohne Integration. Kooption – durch?

[Wolfgang G. Schwanitz](#)